

Schweiz

100 Millionen für Kinderbetreuung

Zusätzlich zum Förderprogramm für Krippen und Tagesschulen will der Bund die Kinderbetreuung in den Kantonen und Gemeinden unterstützen. Die Linke fordert mehr Geld, die SVP spricht von einem «Skandal».

Raphaëla Birrer
Bern

Wie weiter in der Familienpolitik? Diese Frage stellt sich, seit vor zwei Jahren der Familienartikel an der Urne gescheitert ist. Gestern präsentierte der Bundesrat seine Antwort. Die Stossrichtung: Eltern sollen Familie und Beruf besser vereinbaren können, indem die familienergänzende Kinderbetreuung vergünstigt und ausgebaut wird. 100 Millionen Franken will der Bundesrat dafür während acht Jahren investieren. Damit sollen die Kantone bei ihren diesbezüglichen Bemühungen unterstützt werden.

Seit 2003 läuft auf Bundesebene ein Programm, das Krippen und Tagesschulen Starthilfen gewährt. 48 000 neue Betreuungsplätze konnten auf diese Weise geschaffen werden. Innenminister Alain Berset verwies gestern vor den Medien jedoch auf die Mängel des Programms: Wegen der hohen Kosten lohne es sich für viele Eltern nicht, arbeiten zu gehen und ihre Kinder extern zu betreuen. Zudem fehle es an Angeboten ausserhalb der Schulstunden und in den Ferien.

Der Fokus auf Krippen und Tagesschulen ist ein familienpolitischer Grundsatzentscheid, denn gleichzeitig verwarf der Bundesrat andere Instrumente zur finanziellen Entlastung der Familien. So sieht er von einem Systemwechsel bei der Besteuerung ab: Steuergutschriften anstelle von Steuerabzügen seien nicht zielführend, sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Die Umstellung wäre mit grossem Aufwand verbunden. Und der Mittelstand würde zugunsten der tiefen Einkommen weiter belastet, so die Bundesrätin.

«Reine Pflasterlipolitik»

Damit begehrt der Bundesrat einen pragmatischen Weg: Das Stimmvolk lehnte in den letzten zwei Jahren drei familienpolitische Vorlagen ab - Mehrheiten kommen in diesem Bereich schwer zustande. Das zeigen auch die Reaktionen auf den bundesrätlichen Entscheid. Für die grüne Nationalrätin Aline Trede etwa sind die 100 Millionen Franken für die externe Kinderbetreuung lediglich ein «allererster Schritt in die richtige Richtung». Sie fordert, dass der Bund noch viel mehr in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie investiere.

Auch CVP-Familienpolitikerin Barbara Schmid-Federer sagt: «100 Millionen Franken reichen nicht. Schon die zeitliche Beschränkung zeigt, dass das reine Pflasterlipolitik ist.» Die Schweiz



Mit mehr Kinderbetreuungsangeboten will der Bundesrat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Foto: Picsfive (iStock)

brauche eine gesamtheitliche Familienpolitik - nicht nur punktuelle und zeitgebundene Massnahmen. Die BDP wiederum begrüsst den Fokus auf die familienexterne Betreuung und hält die zeitliche Befristung für sinnvoll: Damit setze der Bundesrat den richtigen Akzent, um die Kantone, Gemeinden und Arbeitgeber zu einem zusätzlichen Engagement zu motivieren, teilt die Partei mit.

Die SVP dagegen ist empört, dass sich der Bundesrat «erdreistet», weitere 100 Millionen zu investieren, «ohne dass es dafür eine Verfassungsgrundlage gibt». Damit wolle er seine familienpolitischen Vorstellungen zentral durchsetzen, schreibt die Partei. SVP-Nationalrätin Nadja Pieren spricht gar von einem «Skandal»: «Seit über zehn Jahren unterstützt der Bund familienexterne Betreuungsangebote mit einer Anstossfinanzierung - da ist bereits über eine halbe Milliarde Franken geflossen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum der Bundesrat noch weitere 100 Millionen nur in das eine Familienmodell

buttern will.» Angebote müssten vor Ort von der Wirtschaft und den Gemeinden geschaffen werden und nicht «nach dem Giesskannenprinzip von oben» finanziert werden, sagt die Betreiberin einer Kinderkrippe.

«Krippenbürokratie»

Auch die FDP ist dagegen, 100 Millionen «zentralistisch aufzuwenden und an die Kantone zu verteilen», wie Sprecher Georg Därendinger sagt. «Die bessere Lösung wäre, die preistreibende Krippenbürokratie abzubauen. Unklar bleibt zudem, wie der Bundesrat die Krippenkosten nachhaltig senken will, wenn sich der Bund nach acht Jahren wieder zurückzieht.»

Die SP findet die Auslegeordnung zwar «erfreulich fortschrittlich». Sie beurteilt die Schlussfolgerungen des Bundesrats aber als «zu zaghaft» und hätte sich konkrete Vorschläge zu Lohngleichheit, Elternurlaub oder Entlastung von Familien mit kleineren Einkommen gewünscht, wie Sprecher Michael Sorg

sagt. Den Entscheid, auf Steuergutschriften zu verzichten, hält er für falsch: «Von den heutigen Steuerabzügen profitieren vor allem wohlhabende Familien. Gutschriften erhielte hingegen jede Familie - unabhängig vom Einkommen.»

Positiv wird der Entscheid des Bundesrats bei den betroffenen Institutionen aufgenommen: «Damit Eltern familienergänzende Betreuungsangebote wahrnehmen, müssen drei Faktoren stimmen: Sie müssen verfügbar, qualitativ hochwertig und bezahlbar sein», sagt Talin Stoffel, Co-Geschäftsleiterin des Verbands Kinderbetreuung Schweiz. In den ersten beiden Bereichen sei einiges geschehen - nun müssten die Angebote auch günstiger werden. 100 Millionen seien allerdings nur ein symbolischer Beitrag, sagt Stoffel. Wohin der Weg führen könnte, zeige der Kanton Waadt: «Dort werden die Betreuungsangebote nicht nur von den Eltern, den Gemeinden und dem Kanton finanziert, sondern auch von den Unternehmen.»

Kantone finden Kompromiss beim Finanzausgleich

Eine Mehrheit der Kantone will die Beiträge der Geber um 67 Millionen senken. Von den Geberkantonen stimmten Basel-Stadt und die Waadt zu.

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) schlägt vor, die Beiträge an den nationalen Finanzausgleich (NFA) für die Periode 2016 bis 2019 um total 165 Millionen Franken zu kürzen. Das ist die Hälfte dessen, was der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Dabei soll der Beitrag des Bundes um 98 Millionen sinken. Der Anteil der Geberkantone würde um 67 Millionen verringert. Der KDK-Präsident und Walliser Regierungsrat Jean-Michel Cina (CVP) bestätigte eine Information der «Neuen Luzerner Zeitung» und des «St. Galler Tagblatts».

Der Vorschlag ist laut Cina bei der Mehrheit der Geberkantone auf Ablehnung gestossen. Das nötige Quorum von 18 Kantonen sei aber erreicht worden. 17 Kantone zählen zu den Nehmerkantonen. Von den Geberkantonen haben laut Radio SRF Basel-Stadt und die Waadt Ja gesagt. Die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog erklärte: «Wir haben uns mit dem Entscheid sehr schwer getan.»

Cina wertet die Einigung als wichtiges Zeichen der Kantone im Streit um den

Finanzausgleich. «Wir zeigen dem Parlament einen möglichen Weg auf, wie es eine einvernehmliche Lösung erreichen kann.» Angesichts der Differenzen zwischen Geber- und Nehmerkantonen hatte die KDK eine Begleitgruppe eingesetzt, um nach einer Lösung zu suchen. Eingang finden könnte der Vorschlag in der Sommersession, wenn das Bundesparlament über den Finanzausgleich berät. Bislang sind sich die beiden Kammern uneinig. Während der Nationalrat die Geberkantone entlasten will, beharrt der Ständerat auf der heutigen Regelung.

Heftige Kritik aus Schwyz

Der Kompromiss stösst bei Gebern wie Schwyz auf Kritik. Er würde ein «nachteiliges Präjudiz für künftige Anpassungen» darstellen und sei «weder sachgerecht noch inhaltlich begründbar», schreibt der Schwyzer Regierungsrat. Am Mittwoch hatte der Schwyzer Kantonsrat entschieden, ein Kantonsreferendum zu lancieren, falls das Bundesparlament die Geberkantone nicht entlasten sollte. Ähnliche Vorstösse gab es auch in Zug und Schaffhausen. Rechnerisch dürfte ein Kantonsreferendum indes schwierig werden. Von den aktuell neun Geberkantonen müssten acht Kantonsparlamente einem solchen Referendum zustimmen. KDK-Präsident Cina erachtet die Chancen dafür als gering. (SDA)

Parlamentarier treffen sich in Berlin

«Wie kommen wir aus dieser Kiste nur wieder raus?» So kommentierte gestern in Berlin Thomas Dörflinger (CDU) die festgefahrene Lage in Sachen Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU. Dörflinger ist Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe, die im Bundestag Kollegen der eidgenössischen Räte aus Bern empfing. «Ich habe der Schweiz keine Ratschläge zu erteilen.» Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH), Präsidentin der achtköpfigen Schweizer Delegation, betonte, dass nicht im Detail über Lösungsmöglichkeiten nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative gesprochen wurde. Innerhalb der Schweizer Delegation, der Vertreter von CVP, FDP, SP und SVP angehörten, gingen die Meinungen zum Thema ohnehin weit auseinander. Er habe immerhin Verständnis dafür verspürt, dass die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sehr viel mehr Ausländer und Asylbewerber aufgenommen habe als Deutschland, sagte Nationalrat Adrian Amstutz (SVP, BE). Dörflinger, dessen Wahlkreis Waldshut an die Schweiz grenzt, warb lieber für eine noch bessere Zusammenarbeit im grenznahen Bereich. In der Finanzverwaltung, etwa beim Umgang mit Steuerzahlern auf beiden Seiten der Grenze, könnte vieles noch direkter und schneller geregelt werden, sagte Dörflinger. (hbr)

Nachrichten

Jugend Machoeinstellung gewinnt an Akzeptanz

Jugendliche sind in der Öffentlichkeit seltener gewalttätig, bei der Zahl sexueller Straftaten gibt es dagegen wenig Veränderung. Gewalt wird öfter virtuell ausgeübt, wie aus einer neuen Studie hervorgeht. Denis Ribeaud von der ETH Zürich und seine Kollegin Sonia Lucia vom Unispital Lausanne (CHUV) verglichen die Situation der Jugendgewalt in Zürich und Lausanne. Formen von Körperverletzung und Raub unter Jugendlichen hätten abgenommen. Dies sei vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: Der Drogen- und Alkoholkonsums bei Jugendlichen sei in den letzten 12 Monaten zurückgegangen. Ausserdem blieben Jugendliche öfter daheim - die Verbreitung von Pornos und gewaltverherrlichenden Computerspielen habe zugenommen. Cybermobbing und Online-Hassreden seien neue Formen der Gewalt. Zugleich finde eine Machoeinstellung immer mehr Akzeptanz: «Ein richtiger Mann sei bereit zuzuschlagen, wenn jemand seine Familie beleidigt», lautet ein Beispielsatz, den die Forscher zitieren. (SDA)

Tiere Bundesrat will kein Verbot von Wildtieren im Zirkus

Der Bundesrat will Zirkussen nicht verbieten, bestimmte Tierarten zu halten. Er beantragt dem Parlament, eine Motion zum Thema abzulehnen. Aus seiner Sicht genügen die geltenden Tierschutzvorschriften. Ein Verbot für bestimmte Tiere fordert die Waadtländer GLP-Nationalrätin Isabelle Chevalley. Sie denkt besonders an Wildtiere wie Nashörner, Giraffen, Menschenaffen, Bären oder Pinguine, aber auch an schreckhafte domestizierte Tiere. Rund 30 Länder hätten für Wanderzirkusse ein teilweises oder vollständiges Verbot erlassen, (Wild-)Tiere zu halten. In der Schweiz dagegen könnten Tiere aller Arten auf Tourneen mitgenommen werden, kritisiert die Nationalrätin. (SDA)

Ausweisung Italienisches Paar kann in der Schweiz bleiben

Ein italienisches Paar aus dem Kanton St. Gallen, das ausgewiesen werden sollte, kann in der Schweiz bleiben. Die zuständige Kommission des Kantonsrats hat die Aufhebung des Ausweisungsentscheids untersucht. Das Departement hatte ein Wiedererwägungsgesuch gutgeheissen. Das Ergebnis: Alles verlief korrekt. Das Paar ist in der Schweiz aufgewachsen und lebte stets hier. Immer wieder wurden sie wegen Drogendelikten verurteilt. Die beiden sind HIV-positiv und leben von einer IV-Rente und der Sozialhilfe. (SDA)

Neue Bundessteuer auf Erbschaften

Den gleichen Franken dreimal besteuern?

Die Erbschaftssteuer führt nach der Einkommens- und Vermögenssteuer zu einer dritten Besteuerung des gleichen Geldes.

Am 14. Juni:

Erbschaftssteuer

NEIN

www.erbschaftssteuer-nein.ch

Überparteiliches Komitee
«Nein zur neuen Bundessteuer
auf Erbschaften»,
Postfach 5835, 3001 Bern.